

## Neustart in der Bildungspolitik

Veranstaltungsreihe von Neustart Schule, 28. Februar 2018, van Swietensaal

Zu Beginn gibt **Mag. Martin Netzer**, Gesamtkoordinator der Bildungsreform im Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung, einen Überblick über die Vorhaben des Ressorts bis zum Ende der Pflichtschule.

Die Elementarpädagogik kam ins Bildungsministerium, das soll dazu beitragen dem Kindergarten als erster Bildungsinstitution mehr Anerkennung zuteil werden zu lassen. Geplant ist eine einheitliche Regelung durch Koordinierung und Bündelung der Bund – Länder – Vereinbarungen. Vereinbart wurde das 2. verpflichtende Kindergartenjahr für jene die es brauchen um ihre Deutschkenntnisse zu verbessern. Derzeit haben viele Kinder trotz des verpflichtenden einjährigen Kindergartenjahrs den a.o. Status in der 1. Klasse Volksschule. Vorgesehen sind höhere Ausbildungsstandards für alle im Kindergarten beschäftigten Personen, besonders auch für die Helferinnen, die zwei Drittel der Beschäftigten ausmachen. Leiter/innen sollen einen tertiären Abschluss machen. Zur Sprachförderung werden Deutschförderklassen eingerichtet, hier möchte man sich an einem in Tirol erfolgreich eingesetztem Pilotprojekt orientieren. Es müsse gelingen die Kinder rascher vom a.o. Status wegzubringen. Dieser ist mit finanzieller Zuwendung an die Schulen verbunden, es dürfe aber zu keiner Verknüpfung von Ressourcen mit pädagogischen Fragen kommen. Wenn weniger als sechs Kinder betroffen sind, werde weiter integrativ beschult. In Wien gebe es aber Schulen wo von 42 Kindern eines Jahrgangs 40 einen a.o. Status haben. Für die Volksschule sind 15, für die Sekundarstufe I 20 Förderstunden vorgesehen, sieben Stunden sollen die Kinder gemeinsam verbringen.

Am Ende der Schulpflicht sollen die Schüler/innen grundlegende Kompetenzen verlässlich erworben haben, sie sollen über Grundfertigkeiten und ein Grundwissen verfügen. Der Kompetenzerwerb soll regelmäßig überprüft werden, in der 3. Schulstufe ist ein Talentecheck, in der 7. Schulstufe ein Chancenpass vorgesehen. Aus der neunjährigen Schulpflicht wird die Bildungspflicht, sie sei aber nur als ultima ratio vorgesehen. Das im Juni 2017 beschlossene Bildungsreformpaket gilt weiter, die Autonomie müsse sinnvoll umgesetzt werden.

Moderatorin **Dr. Martina Salomon** stellt die weiteren Podiumsgäste **Sanja Biwald**, VS Lehrerin, **Mag. Christian Friesl**, Industriellenvereinigung und Initiator von Neustart Schule, **Mag. (FH) Bernhard Hofer**, Gründer und Geschäftsführer Talentify, **Dr. Konrad Krainer**, Universität Klagenfurt vor und befragt sie zu ihren Ansichten.

**Krainer** findet eine neue Bund – Länder – Vereinbarung sehr wichtig da es zu viele Zwischenebenen gebe. Er begrüßt das 2. Kindergartenjahr, sieht in der Sicherung der Grundkompetenzen ein ambitioniertes Projekt und spricht sich für eine konsequente Fortführung der Schulautonomie aus. Darüber hinaus sei die Stärkung der Teamkultur an Schulen wichtig und die neue, mit ECTS Punkten verknüpfte Fortbildungsstrategie, ein essentieller Punkt. Positiv sieht er auch die geplante verstärkte Elterneinbindung. Hier verweist er auf die erfolgreiche ELSA (Eltern – Lehrer – Schüler – Akademie) in der AHS Viktring. Ziffernnoten sind für ihn unnötig und das ewige Hin und Her nach Regierungswechseln sieht er problematisch.

**Hofer** meint, Papier sei geduldig, es gehe um die Umsetzung der Pläne. Wie bringe man Veränderungen ins System? Es dauere 20 Jahre bis 80% der Schulen die Bildungspläne einer Regierung umgesetzt hätten. Lehrer/innen bräuchten dazu viel mehr Unterstützung. Die Diskussion um Ziffernnoten sei sinnlos, sie bringe nichts. In Österreich sei alles parteipolitisch dominiert, sehr zum Unterschied von Skandinavien. Die in der Verfassung verankerten Punkte Chancengleichheit und Teilhabegerechtigkeit müssten erfüllt werden.

**Biwald** wünscht sich öfter die Menschen die in der Praxis stehen zu befragen. Schulpolitische Diskussionen laufen leider immer sehr defizitorientiert. Bei der sprachlichen Bildung dürfe man die

Erstsprache als Ressource nicht vergessen. Die Stärkung der Elementarpädagogik und die Verschlinkung der Bürokratie sieht sie positiv. Durch die Bürokratie gehe viel Unterrichtszeit verloren. Der Fünfstufenplan beim Schwänzen war völlig sinnlos, es habe ihn wohl kaum jemand angewendet, daher sei die Abschaffung zu begrüßen. Sie kritisiert die vielen Testungen deren Zahl ständig zunehme.

**Friesl** sieht viel Positives, vieles sei gut aber noch nicht sehr gut. Die Elementarpädagogik solle Bundeskompetenz werden, das 2. Kindergartenjahr für alle Kinder gelten. Bei der Stärkung der Kompetenzen sollte mehr Wert auf Querschnittsmaterien gelegt werden. Er wünscht sich eine empathischere Diskussion in manchen Bereichen.

**Netzer** widerspricht, dass es zu viele Testungen gebe und erläutert den Ablauf (Bildungsstandards, PISA und PIRLS). Es müsse einen gesellschaftlichen Konsens über die Maßnahmen geben, dies gelinge nur durch evidenzbasierte Arbeit. Das Vertrauen der Politik in die Evidenzen sei gestiegen. Auf die Frage von **Salomon**, ob die Ergebnisse der Testungen genutzt werden, antwortet Netzer, dass 30% der Lehrer/innen die Ergebnisse der Bildungsstandards gar nicht abrufen. Erfolgreiche Autonomie könne es aber nur geben, wenn die Schulen alle Daten nutzen. Zufriedenheit mit einem Schulversuch sei keine Garantie für dessen Erfolg. Mit dem Bildungsreformgesetz sollte die Entpolitisierung gelingen. Die Bildungsdirektionen würden mehr Transparenz garantieren, die Kollegien waren ein großer Hemmschuh.

**Friesl** entgegnet, dass die Bildungsdirektionen nur eine kleine Verbesserung seien. Schulen sollten volle Autonomie bekommen, eine Ebene dazwischen sei überflüssig. Reformen scheitern oft an Einzelinteressen, es brauche eine Reformkultur.

Evidenzbasiert sei gut, meint **Hofer**, aber man müsse damit richtig umgehen. Es brauche Struktur und Strategie. Vor 100 Jahren begann eine positive Schulentwicklung durch Otto Glöckel, da sollte man sich ein Beispiel nehmen. Er vermisst Leadership im Schulwesen und wünscht sich mehr Basisdemokratie. In Norwegen habe man sich auf eine Bildungspolitik geeinigt, die konsequent weitergeführt werde, egal welche Parteien in der Regierung sind.

**Netzer** verweist darauf, dass es im Ministerium sehr viele ehemalige Lehrer/innen gebe. Lehrer/innen und Direktor/innen waren in allen Arbeitsgruppen eingebunden.

**Krainer** spricht sich gegen eine Auflösung des BIFIE aus. Er hofft, dass die Standardtestungen nicht sowohl in der 3. und 7. als auch in der 4. und 8. Schulstufe stattfinden werden. Wenn man Daten erhebe, müsse man sie analysieren und dann Maßnahmen setzen. Die Zweidrittelmehrheit für nachhaltige Reformen sei ein großes Problem. Reformen sollten für eine längere Zeit, etwa für zehn Jahre beschlossen werden.

**Friesl** begrüßt die Bildungspflicht, befürchtet aber, dass daraus nichts Sinnvolles werden wird, da es zu viele Einzelinteressen gebe, die das Gesetz verwässern könnten. Man müsse zuerst mit allen Stakeholdern überlegen, was das Ziel sein solle. Es müsse einen attraktiven Abschluss geben der den jungen Menschen etwas bringe.

Durch die Einbeziehung des **Publikums** kommen folgende Wortmeldungen:

„Was der einzelne Lehrer in der Klasse tut, ist entscheidend. Die neue Lehrer/innenbildung bereitet nicht ausreichend vor“.

„Der stärkste Motor sind die Schüler/innen. Sie sind vollkommen anders als vor zehn Jahren. Mit einem ständigen Veränderungsprozess muss man umgehen“.

„Wie verträgt sich Autonomie mit Ziffernnoten? Wie sollen die Deutschklassen in Wien konkret aussehen? Wir haben keine Nahtstellen sondern Bruchstellen. Die verschiedenen Institutionen wis-

sen voneinander gar nichts“.

„Die Stärkung der Elementarpädagogik ist unter den gegenwärtigen Bedingungen gar nicht möglich weil die Voraussetzungen fehlen. Man sollte nicht vor der Zweidrittelmehrheit kapitulieren“.

**Netzer** meint, dass die langfristigen Ziele vorhanden seien. Beim Ausbau der Sekundarstufe 2 werde Flexibilität sehr wichtig sein. Was die autonome Schule leisten könne, werde sich weisen. Das Thema Ziffernnoten werde total überbewertet. Die Nahtstellen müsse man in den Griff bekommen. Ein Problem sei, dass die Landeschulinspektor/innen nur jeweils für eine Schultype zuständig seien.

Auf die Frage von **Salomon** was sie in fünf Jahren umgesetzt sehen möchten, antwortet **Friesl**, dass er auf eine Verbesserung der Ergebnisse in der 9. Schulstufe hoffe, dass sich die Bildungspflicht als positiv erweise und dass es Rahmenpläne mit großer Flexibilität geben solle.

**Biwald** wünscht sich, dass auf Tests Maßnahmen erfolgen. Für sie ist noch nicht klar wer in den Deutschförderklassen unterrichten werde, es fehlen die Personen die die Ausbildung dafür haben.

**Hofer** fordert, dass das große Ganze im Blick sein müsse und man sich nicht an Kleinigkeiten verzetteln solle. Außerdem solle man nicht stur in Regierungsperioden denken. „Lernen ist Beziehung“, man solle es den Lehrer/innen nicht zu schwer machen. Er fordert nochmals Chancengleichheit.

**Krainer** verweist auf die vom BIFIE erstellten informellen Kompetenzmessungen, diese würden von den Lehrer/innen stark genutzt. Er fordert mehr Gelassenheit und Ruhe, eine stärkere positive Grundhaltung, die Einbeziehung aller Stakeholder. Evidenzbasierung muss wissenschaftsfundiert sein, Lernen mit Freude soll ein Motto sein.

**Netzer** wünscht sich weniger Angst im Schulsystem, eine erfolgreiche Kompetenzbereinigung bei der Elementarpädagogik, verbindliche Standards und eine klare Definition von verlässlichen Grundkompetenzen.

*Dr. Christine Krawarik*